



G R O U P E M E N T D ' É T U D E S E T D E R E C H E R C H E S
N O T R E E U R O P E
Président : Jacques DELORS

WELCHE PERSPEKTIVEN FÜR DIE STRUKTURFONDS UND DIE KOHÄSIONSPOLITIK ?

Von der Stiftung Wissenschaft und Politik und Notre Europe
mit Unterstützung des
französischen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten
organisiertes Seminar

31. Januar / 1. Februar 2002 in Paris

Seminarbericht von Jean-Louis Arnaud und Ute Guder

März 2002

*DIESE STUDIE IST AUF DEUTSCH UND FRANZÖSISCH
ERHÄLTLICH*
© *Notre Europe, März 2002*

Diese Publikation wurde finanziell durch die europäische Kommission unterstützt. Für ihren Inhalt zeichnet sich allein der Autor verantwortlich. Die europäische Kommission und Notre Europe sind nicht für eine eventuelle Verwendung von Informationen aus dem Inhalt des Textes verantwortlich.

Die Reproduktion ist unter Hinweis auf die Quelle zulässig.

Notre Europe

Notre Europe ist eine unabhängige Studien- und Forschungseinrichtung mit der Zielsetzung, Europa, seine Vergangenheit, seine Zivilisationen, seinen Weg zur Einheit und seine Zukunftsperspektiven zu untersuchen. Die Einrichtung wurde im Herbst 1996 von Jacques Delors gegründet. Sie besteht aus einer Gruppe von sieben Forschungsbeauftragten unterschiedlicher Nationalität, die unter der Leitung von Jean Nestor arbeitet.

Notre Europe nimmt auf zwei Arten an der öffentlichen Debatte teil: durch die Veröffentlichung von intern erstellten Studien sowie durch die Zusammenarbeit mit externen Forschern und Intellektuellen. Das Ziel ist es, einen Beitrag zur Reflexion über die großen und kleineren Fragen der europäischen Integration zu leisten. Die veröffentlichten Dokumente wenden sich an Entscheidungsträger, Politiker, Vertreter der Arbeitswelt, Akademiker und Diplomaten in der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten. Notre Europe veranstaltet außerdem in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen oder Presseorganen thematische Treffen und Seminare. Entsprechend seinen Statuten versammelt « Notre Europe » mindestens dreimal im Jahr das “Comité Européen d’Orientation”, eine Gruppe von Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern und mit jeweils unterschiedlichem politischen und beruflichen Hintergrund.

Association Notre Europe
41, Boulevard des Capucines, 75002 Paris
tel: +33 (0) 1 44 58 97 97, fax: +33 (0) 1 44 58 97 99
www.notre-europe.asso.fr, notreeurope@notre-europe.asso.fr

Stiftung Wissenschaft und Politik

Das „Deutsche Institut für Internationale Politik und Sicherheit“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) ist eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung, die anhand eigener Forschung und Expertise Bundestag und Bundesregierung in allen Fragen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik berät.

Seit ihrer Gründung 1962 in Ebenhausen bei München hat die Stiftung durch ihre Veröffentlichungen, Analysen und internationalen Konferenzen im In- und Ausland zur Meinungsbildung in ihren Arbeitsgebieten beigetragen.

Mit dem Januar 2001 ist die SWP in Berlin ansässig. Sie wird aus Mitteln des Bundeshaushalts finanziert, im Haushaltsjahr 2002 mit rund 9,8 Mio. Euro. Hinzu kommen Drittmittel von Forschungsförderungseinrichtungen.

Mit über 150 Mitarbeitern ist die SWP das größte Forschungszentrum auf seinem Arbeitsgebiet in Westeuropa.

Stiftung Wissenschaft und Politik /Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit
Ludwigkirchplatz 3-4, 10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0, fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org, swp@swp-berlin.org

INHALTSVERZEICHNIS

BERICHT ÜBER DIE 13. TAGUNG DER
DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN REFLEXIONSGRUPPE:

WELCHE PERSPEKTIVEN FÜR DIE STRUKTURFONDS UND DIE KOHÄSIONSPOLITIK?

31.JANUAR / 1. FEBRUAR 2002 IN PARIS

BILANZ	1
KOHÄSION UND WETTBEWERB	8
VERBESSERUNG DER VERFAHREN UND STEIGERUNG DER EFFIZIENZ	11

ANHANG

<i>SEMINARPROGRAMM</i>	<i>19</i>
<i>EINFÜHRUNGSREDE VON JACQUES DELORS, 31. JANUAR 2002</i>	<i>21</i>

Franzosen und Deutsche nähern sich dem Thema der Strukturpolitik der Europäischen Union auf unterschiedliche Weise an, woraus das besondere Interesse erwächst, im Verlauf dieser Tagung die Nuancen und unterschiedlichen Auffassungen zu diskutieren. Der Zeitpunkt hierfür scheint umso geeigneter, da die Europäische Kommission erst kürzlich einen Zwischenbericht zur Regional- und Kohäsionspolitik sowie ein erstes Dokument über den Finanzrahmen in der erweiterten Union verabschiedet hat.

Kohäsionspolitik bedeutet nicht nur die Festlegung des Umfangs der Fonds und ihrer Aufteilung unter den Regionen, wie es Jacques Delors am Vorabend hervorgehoben hat (Text der Einführungsrede im Anhang). Es handelt sich in erster Linie um einen Politikbereich, der vielen Europäern das Gefühl der Zugehörigkeit zur Union vermittelt.

Die Diskussionen beziehen sich auf drei Teilbereiche:

- Bilanz und Lehren aus der Kohäsionspolitik in Bezug auf die bevorstehende EU-Erweiterung
- Beziehung zwischen Kohäsions- und Wettbewerbspolitik
- Wie kann zukünftig die Effizienz der Verfahren und der Akteure verbessert werden?

1 - BILANZ

Von französischer Seite aus werden drei Lehren aus der bis 2000 verfolgten Politik gezogen:

- Die Disparitäten des Pro-Kopf-BIP zwischen den Mitgliedsstaaten sind stark zurückgegangen, bleiben aber nach wie vor beträchtlich zwischen den Regionen, wo sie sogar zum Teil innerhalb von Mitgliedsstaaten angestiegen sind.
- Innerhalb von zehn Jahren wurden 2 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, wobei sich diese positiven Errungenschaften sehr ungleich verteilen. Die Arbeitslosenquote variiert zwischen 3 % in den am besten gestellten Regionen und bis zu 23% in den schwächsten Regionen.
- Zwischen 1989 und 1999 wurden die für die Strukturpolitik eingesetzten Summen verdoppelt, sie stiegen von 0,27 % des BIP auf 0,46 % des BIP, d.h. auf mehr als ein Drittel des europäischen Haushaltes.

Gleichzeitig werden folgende Feststellungen gemacht:

- Es existiert keine automatische Verbindung zwischen Wachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen und Arbeitslosenquote. Zudem sei es schwierig, die Auswirkungen der Kohäsionspolitik auf das langfristige Wachstum zu messen.
- Der Aufschwung eines Staates hängt nicht nur von der finanziellen Unterstützung durch die Union ab, sondern auch von den Leistungen der nationalen Politik. Zwischen gemeinschaftlichen, nationalen und regionalen Entscheidungen kommt es zu Synergieeffekten.

Die Programmperiode 2000 - 2006 ist durch die Konzentration der Fonds auf Ziel 1-Regionen charakterisiert, des weiteren durch die Reduzierung der Anzahl der Gemeinschaftsinitiativen, der Verstärkung der Partnerschaften mit lokalen Akteuren und durch die Hervorhebung der Aspekte der Kontrolle und Evaluierung. Allerdings wird im Einführungsreferat festgestellt, dass die gemeinschaftlichen Politikfelder - Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), Strukturpolitik, Wettbewerbs- und Umweltpolitik - unter mangelnder Kohärenz leiden. Die Beihilfen zum Infrastrukturausbau nehmen dabei eine Vorrangstellung ein, in anderen Bereichen werde in Bezug auf die Aufteilung der Finanzhilfen und Projekte jedoch nach dem Gießkannenprinzip verfahren. Darüber hinaus seien die Entscheidungs- und Kontrollverfahren häufig zu schwerfällig, um eine Dynamik der lokalen Projekte zu gewährleisten.

Im Hinblick auf die EU-Erweiterung wird bedauert, dass die Probleme in den meisten Fällen aus rein ökonomischer und finanzieller Sichtweise angegangen würden und dabei die herausragende politische Dimension eines europäischen Projektes in den Hintergrund gedrängt würde.

Aus persönlicher Sichtweise heraus bevorzugt die französische Referentin übereinstimmende europäische, nationale und regionale Projekte, die an die Stelle von schwerfälligen, technokratischen Verfahren treten sollten und macht diesbezüglich folgende Vorschläge:

- Ein entschlosseneres Bekenntnis zur Solidarität als Zielsetzung in Hinblick auf die Beitrittsstaaten. Hierfür sollte das gemeinschaftliche Budget - wenn dies notwendig ist - erhöht werden, wie es auch bei den vorherigen Erweiterungen der Fall war.
- Eine Koordinierung der GAP und der Strukturpolitik, um die Fonds auf diejenigen Regionen zu konzentrieren, deren pro-Kopf-BIP unter 75 % des europäischen Durchschnitts liegt. Dies würde bedeuten, dass die Bevölkerungszahl in den Ziel 1-Regionen von 71 Millionen auf 174 Millionen ansteigen würde.
- Eine Änderung der Entscheidungs- und Kontrollmodalitäten für den Einsatz der Fonds, zum Beispiel, indem die Verantwortung für die Verwendung der Mittel den Verwaltern der Projekte übertragen wird.

Auf deutscher Seite wird in Bezug auf die Ziel 1-Förderung eine positive Bilanz gezogen. Die Prinzipien der Förderung werden als überzeugend bewertet, ebenso das Prinzip der Zusammenführung der europäischen und nationalen Förderung. Allerdings wird dabei betont, dass sich die Anwendung des 75 %-Kriteriums auf Regionen beziehe, die sich in ihrer Größe erheblich voneinander unterscheiden (Aosta Tal und Andalusien!) und dass sich die Berechnung des regionalen BIP auf wenig zuverlässige Datengrundlagen stütze. Es müsste demnach flexibler angewendet werden, um sogenannte "Schwelleneffekte" zu vermeiden: diejenigen Regionen, die sich unmittelbar unterhalb dieses Schwellenwertes befinden, dürften nicht gänzlich aus der Förderung ausgeschlossen werden und im Gegenzug dürften diejenigen, die sich unmittelbar oberhalb des Schwellenwertes befinden, nicht von der Gesamtheit der Förderprogramme profitieren.

Betreffend der Ziel 2- und Ziel 3-Förderung wird die Meinung vertreten, dass diese nicht in der Kompetenz der europäischen Ebene lägen, sondern vielmehr das Anliegen verschleierten, alle Ländern in den Genuss europäischer Fondsmittel kommen zu lassen.

Die Erfahrungen der deutschen Wiedervereinigung sind nach Ansicht des deutschen Referenten nicht auf die Erweiterung der Union um die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) übertragbar. Im Rahmen der Osterweiterung werde nicht die sofortige Übertragung der Einkommens- und Sozialstandards der EU-15 auf die Kandidatenländer avisiert, ebensowenig die Überbewertung ihrer Währungen. Darüber hinaus sei der wirtschaftliche Transformationsprozess zwölf Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer in den Bewerberländern schon zu weit fortgeschritten, als dass ein Vergleich mit der DDR im Jahre 1989 relevant wäre.

Welches sind die Probleme der MOEL? Zunächst einmal betreffen diese das (Aus-) Bildungsniveau, die Disparitäten bei der Regionalentwicklung, die allgemeine Dominanz des agrarischen Sektors und den unterentwickelten Dienstleistungsbereich, aber auch die Infrastruktur, die Umweltsituation und die Valorisierung des Humankapitals. In den Beitrittsländern stelle der nationale Entwicklungsrückstand das entscheidende Entwicklungshindernis dar, wobei benachteiligte Regionen von dynamischen Regionen und Zentren "mitgezogen" würden. Beihilfen, die ausschließlich den ärmsten Regionen zugute kommen, schöpfen in seinen Augen das Wachstumspotential nicht vollständig aus. Aus diesem Grund müsse die europäische Intervention priorität auf das nationale Wachstum ausgerichtet sein.

Nach Meinung des deutschen Referenten muss das nationale BIP als Kriterium für die Mittelvergabe herangezogen werden. Sein Vorschlag wäre, die Schwelle bei 80% des EU-Durchschnitts anzusetzen, wobei die Beihilfen insgesamt 4 % des nationalen BIP nicht überschreiten sollten. Es erscheint ihm unausweichlich, den sogenannten "statistischen Effekt"¹ in Verbindung mit Übergangsbestimmungen ("phasing out") zu akzeptieren, da das Ziel der Strukturförderung auf die Reduzierung der relativen Disparitäten ausgerichtet sei und nicht auf die Bekämpfung der absoluten Armut. Dieses

¹ verbunden mit dem Beitritt der MOEL, der den europäischen Durchschnitt abrupt senkt und auf diese Weise bestimmte Regionen der heutigen Mitgliedsstaaten künstlich zu "reichen" Regionen macht.

Kriterium führe zu einer Konzentration der Fördermittel und zu einer Verminderung des Investitionsvolumens im Bereich der Ziel 2- und Ziel 3-Förderung.

In dieser Perspektive, die zweifellos eine bestimmte Anzahl von Kompromissen erfordere, müsste die Union in der Lage sein, die Erweiterung zu finanzieren. Die Anwendung eines Systems von ungebundenen Nettofonds wird abgelehnt, da es, so der Referent, den Grundgedanken der gemeinschaftlichen Solidarität schwächen würde. Er lehnt darüber hinaus das Heranziehen der Arbeitslosenquote als Kriterium für die Mittelvergabe ab und merkt an, dass es Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit gäbe, die aber reich genug seien, um sich selber helfen zu können.

Die Region Ile-de-France, die 3 % der europäischen Bevölkerung und 5 % des europäischen BIP repräsentiert, ist eine dieser reichen Regionen. Unterdessen ist sie dennoch Bezieherin von Strukturfondsmitteln im Rahmen der Ziel 2-Förderung für ein in vieler Hinsicht benachteiligtes Gebiet, das 27 Kommunen umfasst. Ein regionaler Akteur zieht die Lehren aus dieser Erfahrung und unterstreicht dabei folgende Aspekte:

- Die herausragende Bedeutung, alle Akteure um einen Tisch herum zu versammeln und eine von allen getragene Konzeption zu erarbeiten (fast 80 Teilnehmer an jeder Sitzung).
- Die Möglichkeit, alle Bereiche der öffentlichen Politik mit der räumlichen Dimension in Verbindung zu bringen und dabei im Konsensverfahren und mit Hilfe von Methoden der partnerschaftlichen Zusammenarbeit vorzugehen.

Er weist allerdings darauf hin, dass die "Kapazität der Projektplanung" - wie er es nennt - relativ gering ist. Daher könne ein Rückstand beim Abruf der bewilligten Mittel entstehen. Die Regel der Rückzahlung von nicht eingesetzten Mitteln erfordere eine schnelle Programmplanung der einzelnen Operationen, was nur schwer mit der unausweichlichen Langwierigkeit der Abstimmungsverfahren in Einklang gebracht werden könne. Er unterstützt die Forderung nach einer Evaluierung der öffentlichen Politiken, ebenso stimmt er mit den Kontrollauflagen für den Einsatz der Fonds überein. Die Präsenz der Kommission und ihre Forderungen seien positive Elemente des Lernprozesses in Bezug auf eine strikte Anwendung der Vorgaben bei der Verwaltung der öffentlichen Mittel.

Wäre eine europäische Raumordnungspolitik umsetzbar? Nach Meinung des Referenten müsste man sich einerseits auf die Strategie, andererseits auf die Bereiche der gemeinschaftlichen Intervention einigen, um eine der bedeutendsten Voraussetzungen für die Neudeinition der von der Kommission betriebenen Regionalpolitik zu schaffen.

Ein deutscher Universitätswissenschaftler erinnert daran, dass die klassischen wirtschaftspolitischen Theorien grundsätzlich regionalpolitische Interventionen ablehnen und die Ansicht vertreten, dass bei hoher Mobilitätsbereitschaft der Bevölkerung und bei elastischen Preisen regionale Ausgleichsprozesse naturgemäß bewirkt werden. Die neueren Wirtschaftstheorien weisen allerdings auf die Wichtigkeit

der öffentlichen Infrastrukturen für die Regionalentwicklung hin und äußern Zweifel bezüglich der ausschließlichen Effizienz der Marktmechanismen, die zu langsam und zu unvollkommen wirkten, um die Mobilität der Produktionsfaktoren zu garantieren. Dieses wiederum legitimiere eine gemeinschaftliche Strukturpolitik. Da die makroökonomischen Rahmenbedingungen in starkem Maße bestimmd auf die regionale Entwicklung wirken, müsse die Strukturpolitik allerdings vorzugsweise auf nationalem Niveau ansetzen: es wird auf den Vergleich zwischen Irland und Griechenland hingewiesen, wo trotz vergleichbarem Zuwendungsniveau erhebliche Entwicklungsunterschiede zu beobachten sind.

In Bezug auf die Schwerpunkte der Förderung zieht der Referent folgende Schlussfolgerungen: Die Förderung der Infrastrukturmaßnahmen (34 % der Finanztransfers) müsse - ohne sich unmittelbar auf die Kohäsionsziel zu beziehen - auf diejenigen Bereiche orientiert werden, in denen die Engpässe am deutlichsten hervortreten. Die Auswirkungen der Förderung des Humankapitals (24% der Strukturfonds) seien eher im gesamtwirtschaftlichen Bereich sichtbar als auf dem regionalen Niveau, wo sie sogar perverse Effekte bewirken können: die erheblichen Anstrengungen zur Anhebung des Ausbildungsniveaus in Ostdeutschland oder im Ruhrgebiet haben die Abwanderung gerade der jungen Bevölkerung aus diesen Gebieten beschleunigt. Für die Förderung von Forschung und Entwicklung werden lediglich 3,5 % der Fonds eingesetzt. Forschung und Entwicklung konzentriere sich jedoch heute de facto in rund zehn Regionen Europas: in Hinblick auf das Kohäsionsziel erscheint es dem Referenten wichtiger zu sein, den Technologietransfer in die Förderregionen sicherzustellen, als zu versuchen, neue Wissenschaftszentren zu entwickeln.

In diesem Plädoyer für eine sich wieder verstärkt auf das nationale Niveau orientierende Intervention wird hervorgehoben, dass

- die Strukturpolitik vor allen Dingen auf die Entwicklung der endogenen Potentiale der Regionen abzielt;
- sie nicht nur Ausdruck eines regionalen Ausgleichsstreben ist, sondern den Förderregionen durch Verbesserung ihrer Arbeitsproduktivität die Teilnahme am Standortwettbewerb erst ermöglicht;
- diese produktivitätssteigernden Maßnahmen sich positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirken, aber nicht zwingend auch auf den Arbeitsmarkt und dass
- die Effizienz der Interventionen in starken Maße von der Bereitschaft der Empfänger zur Durchführung von notwendigen Strukturreformen abhängt. Der Kommission fehle derzeit ein geeignetes Sanktionsinstrument, das die Zahlung der Fonds von der Durchführung notwendiger Reformen abhängig macht.

In Bezug auf die bevorstehende Erweiterung erinnert der Referent daran, dass alle neuen Mitgliedsstaaten den Kriterien der Strukturförderung entsprechen und dass die

Kommission nach der Erweiterung mindestens 40 neue Ziel 1-Programme zu prüfen, zu verabschieden und zu überwachen haben wird. Die Idee einer regionalen Beihilfe, die flächendeckend das gesamte Gebiet betrifft, erscheint dem Referenten sinnlos; sein Vorzug gilt nationalen Programmen mit präziser Zweckbindung, wie es im Sinne des Kohäsionsfonds bereits angewendet werde.

Die anschließende Diskussion bestätigt, dass die Franzosen sich eher auf die positiven Aspekte der Regionalpolitik beziehen, während die Deutschen deren Ineffizienz betonen und in der Herausforderung der Erweiterung einen zusätzlichen Grund sehen, eine umfassende Reform möglichst schnell in Angriff zu nehmen. Ein Redebeitrag unterstreicht die Probleme bei der Funktionsweise der Ziel 1-Förderung und plädiert dafür, dass die Beihilfen durch Strukturfonds in Zukunft eher den Misserfolg als den Erfolg sanktionieren müssten. Gleichzeitig wird gefordert, dass die Interventionen querschnittsorientierter und funktioneller erfolgen sollten.

Auch die französische Seite steht einer Weiterentwicklung des Systems nicht ablehnend gegenüber, allerdings wird für die Beibehaltung der Unterstützung des regionalen Niveaus plädiert. Es wird nachdrücklich auf die erzielten Erfolge auf lokalem Niveau, insbesondere im ländlichen Raum, hingewiesen und auf die qualitativ sehr positiven Entwicklungen, die durch die Strukturfonds seit zehn Jahren bewirkt wurden. Eher als die Ziel 2- und Ziel 3-Förderung grundsätzlich infrage zu stellen, wie es von einigen deutschen Teilnehmern angeregt wurde, wird vorgeschlagen, ihren strategischen Anwendungsbereich auszuweiten um ein Instrument zur Unterstützung des Arbeitsmarktes, des Beschäftigungsumfeldes und der öffentlichen Dienstleistungen zu schaffen und somit ein breiteres Problemfeld der Regionalentwicklung abzudecken.

Von Seiten der Kommission wird präzisiert, dass sich das einige Tage zuvor in Brüssel beschlossene Papier zum Finanzrahmen der erweiterten EU im Rahmen der in Berlin 1999 festgesetzten Gesamtsummen bewegt, jedoch deren Verteilung nachgebessert hat, um den Beitrittskandidaten den sofortigen Bezug von Mitteln der GAP zu ermöglichen. Die für die dreijährige Periode von 2004 - 2006 benötigten 10 Milliarden Euro werden von den Strukturfonds abgezogen, was deren Gesamtumfang von 30 Milliarden Euro auf 25 Milliarden Euro senkt. Um die Integration der zukünftigen Mitgliedsstaaten nicht zu komplizieren, sollten sie in den *acquis communautaire*, den gemeinschaftlichen Besitzstand des EU-Rechtes, integriert werden, so wie er sich derzeit darstellt. Um ihre Transport- und Umweltinfrastrukturen zu verbessern, ist beabsichtigt, den Anteil des Kohäsionsfonds anzuheben, der sich auf ein Drittel der Mittel des Strukturfonds belaufen wird. Die neuen Mitgliedsstaaten würden als solche für die dreijährige Übergangsperiode die Hälfte dessen erhalten, was die aktuellen Mitgliedsländer der Union erhalten, d.h. 137 Euro pro Einwohner (gegenüber 231 Euro), was in Hinblick auf ihre Absorptionsfähigkeit sehr viel ist (2,5 % des BIP gegenüber 1,6 % für die jetzigen Empfänger). Es wird ebenfalls daran erinnert, dass der Vertrag eine regionale Herangehensweise vorschreibe. Dies führt notwendigerweise dazu, dass weiterhin die

Priorität auf die Regionen mit Entwicklungsrückstand gelegt werde, es sei denn der Vertrag würde abgeändert. In den übrigen Regionen führe die ökonomische Logik zu einer Konzentration, wie in mehreren Diskussionsbeiträgen festgestellt wurde. Aus politischen Gründen und aufgrund des gemeinsamen Interesses wird jedoch dringend geraten, bestimmte Gebiete und Problemlagen in reicherer Mitgliedsstaaten nicht aus den Augen zu verlieren. Aus diesem Grunde schlägt die Kommission vor, Themen des gemeinsamen Interesses zu identifizieren, wie beispielsweise die urbanen Problemfelder. Auch wenn die Verwaltung vereinfacht werden müsse, und mit dieser Auffassung ist die Vertreterin der Kommission grundsätzlich einverstanden, so stellt sie doch fest, dass es die Pflicht der Kommission sei, zu wissen, wie die Fondsgelder eingesetzt werden.

Ein französischen Abgeordneter einer regionalen Vertretung nimmt die Brüsseler Verwaltung in Schutz und findet, dass diese in der Regel offener für Kritik sei als die französische Verwaltung. Er bedauert die vorherrschende Tendenz, die Kohäsion auf die Probleme der Regionalpolitik und der Strukturfonds zu reduzieren, anstatt die Auswirkungen der Gesamtheit aller sektoralen Gemeinschaftspolitiken auf die Regionen zu bewerten: die Strukturfonds können die Rolle eines Schmerzmittels spielen, das den Regionen verschrieben wird, die unter den negativen Effekten anderer Politikbereiche leiden. In Bezug auf das Beispiel der Forschungspolitik greift er die zuvor geäußerte Einschätzung auf, das Ziel der Strukturpolitik solle darin bestehen, die bestehenden Pole zu stärken. Wirtschaftliche Entwicklung setze Innovationen voraus, die Innovationen wiederum seien unmittelbar von den Forschungsaktivitäten abhängig. Man müsse darauf achten, dass den übrigen Gebieten nicht der Zugang zu den Forschungskapazitäten versperrt werde, ohne die ihre Entwicklung nicht möglich sei. Gleichermaßen gelte auch für den Bereich der Verkehrspolitik oder der Gemeinsamen Agrarpolitik. Er bedauert andererseits, dass man die Erweiterung fast ausschließlich unter technischen und ökonomischen Blickwinkeln diskutiere, obwohl es sich um ein sehr politisches Thema handele. Er bedauert darüber hinaus, dass die Beitrittsländer hingehalten würden und dass die Kohäsion der gesamten Union als eine Zukunftsperspektive für 20 oder 30 Jahren angesehen werde. Den westlichen Ländern unterstellt er eine gewisse Dosis an Misstrauen: Zweifel an den demokratischen Kapazitäten der Beitretenden, Ängste in Bezug auf die Macht der Mafias in einem marktwirtschaftlichen System und bestimmte Vorbehalte gegenüber dem zu zahlenden Preis der Kohäsion.

In die gleiche Richtung argumentiert ein weiterer regionaler französischer Akteur, der bedauert, dass auf deutscher Seite während der Tagung die Nutzer der Fonds stark unterrepräsentiert sind. Er hält fest, dass für die französischen Gebietskörperschaften der Mehrwert der europäischen Fonds ein finanzielles "Plus" und ein Instrument zur Reduzierung der ökonomischen Disparitäten darstelle, aber auch einen bestimmenden Faktor für die Modernisierung und europäische Öffnung der Verwaltung. Man könne sich jedoch mit Recht fragen, ob es notwendig sei, den Weg über Brüssel zu gehen, um

dem Café von Carpentras oder dieser oder jener Metzgerei der bretonischen Provinz einige Euro zu geben, oder sich zu fragen, ob der europäische Sozialfonds unbedingt die lokalen Integrations- und Beschäftigungsprogramme² kofinanzieren müsse. Jedoch sei es für die gewählten Verantwortlichen wie auch für die lokalen Akteure aus Wirtschaft und Initiativen/Vereinen alles andere als unbedeutend, dass man die Idee der Partnerschaft der unterschiedlichen Ebenen und die der regionalen Gesamtkonzeption in die französische Verwaltungskultur integriert habe ebenso wie, seit kurzem, koordinierte Strategien im Bereich des Arbeitsmarktes und der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung, entsprechend der auf dem Gipfel von Lissabon definierten Linie.

Die von deutscher Seite vorgetragenen Vorschläge, die auf eine stärkere Rolle der Mitgliedsstaaten bei der Aufstellung und Anwendung der Regionalpolitik abzielen, werfen nach Meinung des Redners die Frage der Gesamtkohärenz der nationalen Regionalpolitiken auf, ebenso wie die der Widerspruchsmöglichkeiten der betroffenen Regionen gegenüber Verstößen ihrer Nationalstaaten gegen die europäischen Prinzipien der Regionalpolitik, die gegebenenfalls zu einer übergeordneten Raumordnungspolitik geworden seien.

Ein deutscher Diplomat macht anschließend eine Reihe von Bemerkungen:

- Die Notwendigkeit von Reformen sei allgemein anerkannt und man müsse sich dabei nicht über die Wachsamkeit der Finanzminister wundern, deren Aufgabe es sei, über die Verwendung der Gelder der Steuerzahler zu entscheiden.
- Es sei günstiger, bereits ab sofort die notwendigen Reformen der Strukturpolitik in Angriff zu nehmen. Die Diskussionen, die bereits mit 15 Mitgliedern schwer seien, würden mit mehr als 25 Mitgliedern noch schwieriger und es werde zu einem harten Kampf um die Aufteilung der Finanzmittel kommen.
- Dabei sei es unausweichlich, die nationale Ebene stärker einzubeziehen. Es sei darüber hinaus wichtig, auch über die Grenzen der Mitgliedsstaaten hinweg zu sehen und sich verstärkt für Projekte der grenzüberschreitenden Planung zu interessieren.

Aus der ersten Diskussionsrunde lassen sich folgende Punkte festhalten:

- Sowohl deutsche als auch französische Teilnehmer plädieren für eine Änderung der für die Beihilfen maßgebenden Kriterien, die die Stellung der nationalen Ebene stärken würde. Einige heben hervor, dass die relativ geringe Größe der meisten Kandidatenländer dazu führen wird, auf regionale Kriterien zu verzichten.
- Ein deutscher Redebeitrag geht davon aus, dass das Bestehen einer gewissen Ungleichheit zwischen den Regionen als eine realistische Perspektive akzeptiert werden müsse und somit ein Fortbestehen der

² Plans locaux pour l'insertion et l'emploi, ehemals Plans locaux d'insertion par l'économique (PLIE)

Subventionen für die östlichen deutschen Bundesländer infrage gestellt sei. Aus diesem Gedanken erwächst der Vorschlag, ein degressives Element in die Strukturförderung einzubinden, das nach einer bestimmten Zeit zu einem Auslaufen der Beihilfen für die Regionen führt, die keinen Nutzen aus der Förderung ziehen konnten.

- Ein deutscher Diskussionsbeitrag sieht die Strukturförderung nur als Spitze des Eisberges, denn das eigentliche Problem stelle die GAP dar. Dem schließt sich ein Plädoyer für eine Politik für den ländlichen Raum an, die die Effizienz der Strukturfonds erhöhen und viele andere Probleme verhindern würde.
- In Bezug auf die Möglichkeit einer Nachbesserung des bestehenden Systems wurde von Seiten des deutschen Referenten eher Skepsis geäußert. Die Stärkung der Regionen bedeute zwar einen positiven Aspekt des Fondseinsatzes, aber es stelle sich die Frage, ob es normal sei, dass die Union eingreife wenn ein Nationalstaat auf eigenes Handeln verzichte. In diesem Zusammenhang wird festgestellt, dass die Arbeitslosigkeit nicht in den Bereich der sozialen Kohäsion falle, da sie nicht zwingend mit der Abwesenheit oder der Unzulänglichkeit von Finanztransfers einer zentralen Institution in Verbindung stehe.

KOHÄSION UND WETTBEWERB

Wie kann die Zielstellung der Verminderung der regionalen Disparitäten mit der des freien Wettbewerbes innerhalb des Binnenmarktes in Einklang gebracht werden? Muss die Verteilung der Kompetenzen zwischen der europäischen, der nationalen und der regionalen Ebene geklärt werden?

Auf französischer Seite wird die fehlende Kohärenz zwischen Wettbewerbspolitik und Kohäsionspolitik unterstrichen. Die Referentin stellt diesbezüglich drei Beispiele aus der Praxis vor:

- Ein Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie in der Region Nord-Pas de Calais hatte im Jahr 1995 1,6 Millionen Euro aus EFRE-Mitteln erhalten, ohne dass die Kommission Vorbehalte geäußert hätte. 1999 musste das Unternehmen die Subventionen zurückzahlen, nachdem eine andere Generaldirektion entschieden hatte, dass diese Beihilfe unvereinbar mit dem Gründungsvertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Beihilferegelung für die Stahlindustrie von 1996 sei.

- Die 1999 verabschiedeten Richtlinien zu den Strukturfonds legen insbesondere fest, dass die ausgeschütteten Subventionen die Regeln der öffentlichen Beihilfen für Unternehmen respektieren müssen, was wiederum den Leitlinien über Regionalbeihilfen widerspricht, die 1998 von der Kommission verabschiedet wurden.
- Im Zuge der informellen Ratssitzung der Industrieminister vom Oktober 2001 schlug man einerseits vor, die Kohäsionspolitik zu stärken, indem die Finanztransfers auf die Projekte gemeinsamen Interesses umorientiert werden sollten, andererseits aber - unter Bezugnahme auf die Wettbewerbsregeln - die Instrumente ebendieser Kohäsionspolitik zu vermindern.

Die Referentin stellt fest, dass

- die beiden Politikfelder nicht aufeinander abgestimmt werden, sondern häufig unverbunden nebeneinander stehen. Dieses Vorgehen führe zu einer wenig ehrgeizigen Verwaltung der Strukturfondsmittel, da diese sich im Rahmen der autorisierten nationalen Beihilfen bewegen müssen;
- die Wettbewerbspolitik ein Instrument darstelle, das manchmal den Interessen der Entwicklung der Union entgegenwirke.

Die einzige Möglichkeit, die Politikfelder in Einklang miteinander zu bringen sei, so die Einschätzung der Referentin, die betroffenen Generaldirektionen zu einer verstärkten Zusammenarbeit zu veranlassen. Dabei müsse die Diskussion auf die politische Ebene gehoben und ein rein technisches Abarbeiten der Akten vermieden werden.

Die Analyse der deutschen Seite bezieht sich auf die Regionalpolitik und die Erweiterung der EU und leitet anschließend auf die dringenden Probleme über, die sich für die Bundesrepublik, ihre Länder und Kommunen ableiten.

Nachdem darauf hingewiesen wurde, dass sich die erweiterungsbedingten Chancen und Risiken unterschiedlich - je nach Branche und Qualifikationssegment des Arbeitsmarktes - verteilen, erinnert der Referent daran, dass die deutschen Regionen, die dem stärksten Anpassungsdruck ausgesetzt sein werden, diejenigen sind, die heute als benachteiligte Regionen gelten und im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" unterstützt werden. Hinzu kommen die ländlichen Räume, die zusätzlich von der Reform der GAP betroffen sein werden.

Bis 2006 dürften nach Einschätzung des Referenten die nationalen und europäischen Finanzmittel ausreichen, um diese Anpassungsprobleme zu überwinden. Nach diesem Zeitpunkt wird der regionalpolitische Handlungsdruck erweiterungsbedingt jedoch erheblich zunehmen:

- Das BIP pro Kopf wird rein mathematisch gesehen sinken. Das der östlichen Bundesländer wird die 75 %-Schwelle überschreiten, was bedeutet, dass diese Regionen ihre Ziel 1-Förderung verlieren werden.
- Der Förderplafond für die Ziel 2-Regionen wird sich in Deutschland ebenfalls reduzieren. Dies könnte bedeuten, dass die östlichen Regionen, die ihren Ziel 1-Status verlieren werden, den Platz der westlichen Regionen innerhalb des Ziel 2-Plafonds einnehmen.
- Der globale Förderplafond für die durch die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe geförderten Regionen könnte in gleicher Weise erheblich gesenkt werden, was mit dem Verlust der Förderfähigkeit fast der Hälfte der westdeutschen Regionen und Berlin einher gehen würde.

Die Erweiterung könnte zu einer deutlichen Steigerung der Kosten für die Strukturpolitik führen, insbesondere wenn die regionalpolitischen Besitzstände beibehalten würden. Der Referent ist Verfechter eines Systems von Nettofonds: eine Konzentration der Transfers auf die ärmsten Mitgliedsstaaten, um deren am stärksten benachteiligten Regionen zu unterstützen. Dieses System hätte den Vorteil der Transparenz und Einfachheit und würde den Einfluss der Kommission in Bezug auf die Themen, die nicht in ihrem Kompetenzbereich liegen, einschränken. Die deutschen Bundesländer, insbesondere die neuen Länder, würden die Beihilfen aus Brüssel verlieren, aber der Bund würde diesen Verlust, zumindest zum Teil, ausgleichen. Die europäische Solidarität bliebe bestehen, aber die von den reichereren Staaten eingezahlten Gelder würden - anders als heute - ausschließlich den ärmeren Staaten zugute kommen.

Wenn die europäischen Beihilfen für Deutschland ab 2006 zurückgehen, müsse der Handlungsspielraum des Bundes und der Länder vergrößert werden, was eine Reform eines bedeutenden Teils des Sekundärrechts der Wettbewerbspolitik notwendig mache. Nach Meinung des Referenten kann die Anpassung an die erweiterungsbedingten Herausforderungen nur dann erfolgreich vollzogen werden, wenn die Regionen selber den notwendigen Strukturwandel vorantreiben. Aus diesem Grund müsse die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe beibehalten werden.

Abschließend macht der Referent auf die Gefahren einer starken politischen Zentralisierung aufmerksam, auch wenn einige Politikfelder stärker in die Kompetenz von Brüssel übergehen sollten (Außenbeziehungen, Verteidigung, Harmonisierung der Steuern). Er plädiert für eine Dezentralisierung der Kompetenzen im mikroökonomischen Bereich, insbesondere im Bereich der Regionalpolitik. Der Idee einer europäischen Raumordnungspolitik erteilt er unter dem Verweis auf Erfahrungen aus den siebziger Jahren in Deutschland eine klare Absage.

Aus der sich anschließenden Diskussion lassen sich folgende Punkte festhalten:

- Auf eine von deutscher Seite gestellte Nachfrage bezüglich der angesprochenen Steuerharmonisierung präzisiert der deutsche Referent, dass die Harmonisierung der Mehrwertsteuer sowie der Kapitalertragssteuer in der Kompetenz der europäischen Ebene anzusiedeln sei, was für die lokalen Steuern allerdings nicht gelte. Er erwartet nach dem Beitritt der ersten Kandidatenländer einen stärkeren Wettbewerb zwischen den benachteiligten Regionen der EU-15 und denen der neuen Mitglieder, insbesondere in Bezug auf einfache, wenig humankapitalintensive Produkte. Um auf diese Wettbewerbssituation zu reagieren, müsste die deutsche Regionalpolitik die betroffenen Regionen zu erhöhten Investitionen in der humankapital- und technologieintensiven Produktion anregen (im wesentlichen im tertiären Sektor). Die Kommission fordert er zu mehr Flexibilität auf und dazu, die Subventionen nicht als den Regeln des Wettbewerbes zuwider laufende Eingriffe zu betrachten. In jedem Fall wird dies eine Frage sein, die im Verlauf der Arbeit des Konvents heftig diskutiert werden wird.
- Auf französischer Seite werden hinsichtlich der vorgeschlagenen "deutsche Reform" Bedenken in Bezug auf die Zukunft des europäischen Förderprogrammes der innovativen Maßnahmen geäußert, die zwar die Subsidiarität beiseite lassen, aber der Regionalpolitik insgesamt zugute gehalten werden müssen. Es wird darauf hingewiesen, dass ein Modell der strikten Aufteilung der Kompetenzen für die meisten Mitgliedsstaaten nicht einem Ideal entspricht. In bestimmten Bereichen existieren Überschneidungen, wo die unterschiedlichen Ebenen - von der lokalen bis hin zur europäischen - ihr Mitspracherecht geltend machen. Im Falle einer größeren Autonomie der nationalen Politiken werden zusätzliche Schwierigkeiten bei der Schlichtung der Widersprüche zwischen Regionalpolitik und Wettbewerbsrecht befürchtet. In einem institutionellen System, das diese Schlichtung nicht explizit regelt, könnten die Widersprüche zu einer weiteren Verstärkung der Disparitäten zwischen den Regionen der reichen Staaten und den Regionen der armen Staaten führen.

VERBESSERUNG DER VERFAHREN UND STEIGERUNG DER EFFIZIENZ

Den Diskussionen des dritten Programmpektes geht ein Referat eines französischen Ökonomen voraus, für den regionalpolitische Entscheidungen in erster Linie politische Entscheidungen darstellen, die anschließend in technische, zum Teil auch technokratische Form umformuliert werden. Er regt an, die Konzepte und Rahmenbedingungen der politischen Entscheidungsfindung aus der Sicht der Wirtschaftswissenschaft zu beleuchten und weist zunächst auf Gemeinsamkeiten zwischen der Regionalpolitik und den Fragen der Umverteilung der individuellen Einkommen hin: man neige dazu, in Begriffen eines Trade-offs zwischen Gerechtigkeit und Effizienz einerseits sowie zwischen den unterschiedlichen räumlichen Ebenen andererseits zu denken. Allerdings hält er fest, dass der räumliche Aspekt bei den Fragen der Umverteilung der individuellen Einkommen keine Rolle spielt, während er bei der Regionalpolitik die herausragende Stellung einnimmt.

Bezüglich der Zielsetzungen unterscheidet der Referent zwischen Kohäsion (eine Umverteilung auf die ärmsten Regionen und Personen) und Konvergenz (ihnen die notwendigen Mittel zu geben, die das Wachstum beschleunigen und somit helfen, zu anderen Regionen aufzuschließen). Dieses wiederum leitet über zu der Unterscheidung zwischen BNP (Einkommen der Personen) und BIP (Reichtum der Gebiete) und zu dem Vorschlag der Kommission, das BNP pro Kopf als Kriterium zur Festlegung der Einzahlungen in den europäischen Haushalt heranzuziehen und das BIP pro Kopf als Kriterium für die Fördermittelvergabe der Struktur- und Regionalpolitik zu benutzen.

Der Referent macht darüber hinaus auf eine gewisse Zweideutigkeit der Zielsetzungen aufmerksam: Zielt die Politik auf die Kompensierung der Nachteile der Regionen mit Entwicklungsrückstand ab oder auf die Kompensierung der negativen Effekte der Integration? Er meint, dass beides in gewissem Maße zutreffe, die Ziel 2- und Ziel 3-Förderung diene häufig zur Kompensierung der negativen Effekte der Integration.

Die Abgrenzung der Regionen erscheint ihm mehr oder weniger willkürlich zu erfolgen, insofern als die Entscheidung für große Regionen die Einkommensdisparitäten beseitige: wenn man die Staaten ihre Regionen nach ihren Vorstellungen abgrenzen lässt, erhalte man im Ergebnis eine sehr große Ungleichheit bei der Zuweisung der Beihilfen an die unterschiedlichen Regionen.

Was die Effekte der Strukturpolitik und ihre Evaluierung anbelangt, so stellt sich die Frage, ob es sich um eine Konkurrenz- oder um eine Synergiesituation handelt; oder in der Sprache der Ökonomen ausgedrückt: Handelt es sich um Situationen der "Substituierbarkeit" oder der "Komplementarität"?

Es wird ebenso die Frage aufgeworfen, bis zu welchem Punkt die Konzentration - unter Beibehaltung einer bestimmten Sichtbarkeit - gehen sollte: Unterhalb welcher Summe zeigt die Kohäsionspolitik keine Effekte, also keinen Nutzen mehr? Unterhalb welcher Bevölkerungsschwelle sind die Effekte zu gering oder sogar negativ? In jedem Fall seien diese Politiken noch zu jung, um bereits jetzt mit absoluter Sicherheit sagen zu

können, ob die Integration Agglomerationsphänomene einerseits oder die Abwanderung aus ländlichen Räumen andererseits hervorruft. Neueren Studien zufolge sind diese Effekte stark von der Natur der Ausgaben, insbesondere der Investitionen, abhängig. Frankreich betreffende Arbeiten haben gezeigt, dass die Entwicklung der Verkehrsinfrastrukturen zu einer Verringerung der Transportkosten führt, dem wiederum folgt in den meisten Fällen eine Konzentration auf Aktivitätspole und eine verstärkte Abwanderung aus den gerade neu erschlossenen Gebieten. Diese Effekte sind bei Investitionen in die Qualitätssteigerung des Humankapitals nicht zu beobachten.

In Bezug auf die Akteure und die Instrumente - und dementsprechend die Kompetenzverteilung zwischen den unterschiedlichen Ebenen - werden durch die ökonomische Analyse zwei Typen von Instrumenten unterschieden, deren Auswirkungen sehr verschieden sind:

- diejenigen, die die Anreize für die Akteure verändern, indem sie die relativen Preise verändern,
- und diejenigen, die reine Umverteilungseffekte zeitigen und den Empfängern einen großen Handlungsspielraum lassen.

An diesem Punkt komme man auf die Debatte über die Subsidiarität zurück. Eher als sich für einen Typ dieser Instrumente zu entscheiden, empfiehlt der Referent eine gute Dosierung der beiden und weist nochmals auf den politischen Charakter der Güterabwägung hin und auf die Unsicherheiten bezüglich der Messbarkeit der Effekte des einen oder anderen Instrumentes.

Aus der anschließenden Diskussion treten folgende Bemerkungen in den Vordergrund:

- Es sei durchaus vorstellbar, dass sich dezentrale Aktionen in übergeordnete, von der höheren Ebene definierten Zielvorstellungen einfügen können und so zu einer Effizienzsteigerung führen. Ein deutscher Beitrag greift das mögliche Interesse an dem Vorschlag der Kommission auf, die Abgrenzungen der Regionen den unterschiedlichen strukturellen Eingriffen anzupassen.
- Die ökonomische Theorie sei nicht in der Lage zwischen Gerechtigkeit und Solidarität zu entscheiden: Ökonomen können nicht Gerechtigkeit definieren, jedoch können sie auf die Kosten der unterschiedlichen Optionen hinweisen.
- Empirische Studien bestätigen die Bedeutung der Akteure auf regionaler oder lokaler Ebene, während die makroökonomischen Ansätze sich zu diesem Thema nicht äußern. Es sei wichtig, dass die strukturellen Interventionen von einer methodologischen Unterstützung begleitet werden.
- Es sei eine Illusion zu glauben, die Resultate im Bereich der Entwicklung seien definitiv gesichert: Das britische Beispiel der

ehemaligen industriellen Rekonversionsregionen in der Ziel 1-Förderung wirft deutlich das Problem des "Policy mix" auf.

- Es stellt sich die Frage, ob die Kohäsionspolitik in der Lage sei, die Auswirkungen von asymmetrischen Schocks in einer Währungsunion zu kompensieren, die den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit der Anpassung ihrer Wechselkurse genommen hat.
- Der Konvergenzprozess der Erweiterungsländer werde viel Zeit in Anspruch nehmen, wie es das Beispiel der deutschen Wiedervereinigung gezeigt habe. Dabei sei es wichtig, nicht nur die Höhe der Transfers in die MOEL im Auge zu haben, sondern auch die langfristige politische Entschlossenheit zur Fortsetzung der Transferzahlungen. Diesem Standpunkt wird von einem deutschen Teilnehmer widersprochen, der eine andere Vorgehensweise für anstrebenswert hält: Unterstützung mit weniger Geld aber mit mehr Freiheiten für die Suche nach neuen Methoden.
- Obwohl die Kommission in ihrem zweiten Kohäsionsbericht auf die perversen Effekte von Investitionen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur hinweist, werden die notwendigen Konsequenzen hieraus nicht gezogen: In ihrem Vorschlag für die Beitrittskandidaten hebt sie den Anteil der Kohäsionsfonds an den Mitteln des Strukturfonds von 18 % auf 30 %, obwohl bekannt ist, dass dieser Fonds die Maßnahmen im Bereich der harten Standortfaktoren (vor allem Verkehrsinfrastrukturen) bevorzugt.
- Eine Anmerkung bezieht sich auf die paradox anmutende Argumentation der deutschen Teilnehmer einerseits, die als Bürger eines föderalen Staates für eine "Renationalisierung" der Strukturpolitik eintreten und die der französischen Teilnehmer andererseits, die - aus einem der zentralistischen Staaten der Union stammend - sich für ihre Regionen stark machen. Auf diese Feststellung wird erwidert, dass für die Deutschen die föderale Struktur des Staates mitgedacht wird, wenn von der nationalen Ebene die Rede ist, man stelle sich jedoch einer befürchteten Zentralisierung auf europäischer Ebene entgegen. Im Gegensatz dazu scheine es nicht überraschend, dass das europäische Eingreifen von französischer Seite aus eher als eine Möglichkeit angesehen werde, dem starken nationalen Zentralismus entgegenzutreten.

Auf diese Bemerkungen wurde folgendermaßen reagiert:

- In Bezug auf die deutsche Wiedervereinigung wird angemerkt, dass die Ostmark aus politischer Notwendigkeit heraus und aus Rücksicht auf die Wählerschaft der 16 Millionen Einwohner zählenden Ex-DDR im Verhältnis 1:1 in Westmark umgetauscht worden sei. Dies hatte Auswirkungen auf das nationale Gleichgewicht, jedoch stelle sich die Situation in den MOEL grundsätzlich anders dar, da deren Währungen unterbewertet seien, zum Teil um bis zu 75 % ihrer Kaufkraft. Innerhalb von zehn Jahren flossen 80 Milliarden Euro in die östlichen Bundesländer, während man im Fall der Erweiterung von 30 Milliarden in drei Jahren spricht. Im übrigen stelle sich die Frage einer sofortigen Angleichung der politischen und sozialen Systeme der zwölf Beitrittskandidaten an die der EU-15 im Falle der EU-Erweiterung überhaupt nicht. Andererseits werde jedoch sehr wohl die Frage nach der Anpassung der existierenden Förderprogramme und nach der Stärkung der Verwaltungen der neuen Mitglieder aufgeworfen: hohe Finanztransfers seien nicht unbedingt die beste Lösung, wenn eine detaillierte Analyse der wirtschaftlichen Situation der MOEL noch fehle. Was jedoch z.B. Polen, Ungarn oder Slowaken helfen könnte, wäre ein Transfer von kompetenten Personen, wobei ein Teilnehmer vor einer Unterschätzung der Kosten für derartige Aktionen der technischen Unterstützung warnt.
- Die finanziellen Perspektiven 2004 - 2006 für die MOEL dürfen nicht mit dem Finanzpaket 2006 - 2013 verwechselt werden: Dieses werde neue Ausgaben für die Europäische Grenzpolizei und die Schnelle Eingreiftruppe der EU mit einbeziehen müssen. Außerdem werde man auf Einzahlungen neuer Mitgliedsstaaten zählen können.

Jean Nestor, Vize-Präsident von Notre Europe und einladender Koorganisator, fasst die Diskussionen abschließend zusammen:

Er unterstreicht einen Kontrast, der über den gesamten Tag hinweg deutlich wurde:

- Eine solide gefestigte deutsche Position, die deutlich eine Infragestellung der aktuellen Politik einfordert, um den Staaten wieder eine zentrale Rolle im Bereich der Verwaltung und der Finanzierung der Solidarität zwischen ihren Regionen zukommen zu lassen und um die europäischen Interventionen auf begrenzte, aber wichtige und präzise definierte Aufgaben zu konzentrieren. Natürlich schließe diese Reorientierung auch die Sorge um haushaltspolitische Einsparungen ein, sie sei aber in erster Linie durch den Respekt des im deutschen Grundgesetz verankerten Subsidiaritätsprinzips motiviert.

- Eine vorsichtigere französische Haltung, in der zwar die Notwendigkeit von Reformen und die Begrenzung der Kosten eingeräumt wird, die aber die Errungenschaften der aktuellen Politik hinsichtlich ihrer unterstützenden Wirkung für die Dezentralisierung und die Modernisierung der Verwaltungspraktiken in Frankreich bewahren möchte.

Von dieser Feststellung ausgehend legt er besonderen Wert darauf, dass die Vorschläge von deutscher Seite für eine entschlossene Anwendung des Subsidiaritätsprinzips zu Gunsten der Mitgliedsstaaten in dreierlei Hinsicht diskussionsbedürftig seien:

- Das häufig angeführte Argument, nachdem es nicht die Aufgabe der EU sei, sich mit Fragen der internen Kohäsion der Staaten zu beschäftigen, wenn diese selber nicht ausreichend reagieren, trage den neuen, durch die Währungsunion geschaffenen Tatsachen nicht Rechnung. Die Währungsunion liefere gute Gründe für einen Eingriff im Bereich der Ökonomie, wenn die teilnehmenden Staaten nicht selbst aktiv werden.
- Die Versuchung, mehr Freiheit beim Einsatz von nationalen oder regionalen Förderungen zu lassen, führe zu einer Infragestellung eines Teiles des Wettbewerbsrechtes, was wiederum entweder zu einer radikalen Neudeinition der europäischen Kompetenzen führe oder aber dazu, dass in Deutschland der Bund zum Wächter über die regionalen Beihilfen würde. Dies wäre nicht unbedingt besser mit dem Grundgesetz vereinbar als es das aktuelle System sei. Hierbei könnte es sich um eine konfliktgeladene Frage im Konvent handeln.
- Der Vorschlag, die Verantwortung für die Garantie der Solidarität zwischen ihren Regionen auf die Staaten zu übertragen, trage der Situation in den Kandidatenländern nicht Rechnung, da diese derzeit nicht über effiziente dezentrale Strukturen verfügen und noch Schwierigkeiten haben, diese aufzubauen.

ANHANG

SEMINARPROGRAMM

**13. Tagung der deutsch-französischen
Reflexionsgruppe zur europäischen Politik**

WELCHE PERSPEKTIVEN FÜR DIE STRUKTURFONDS UND DIE KOHÄSIONSPOLITIK?

1.Februar 2002 in Paris

ANKUNFTSTAG - 31.JANUAR 2002

20.00 h Abendessen
 Eröffnungsrede (Jacques DELORS, Präsident von Notre Europe)

SEMINARTAG – 1.FEBRUAR 2002

9h00 - 12h00	<p><u>THEMA I: An welchem Punkt befindet sich die Kohäsionspolitik vor der EU-Erweiterung? Welche Schlüsse können aus der Anfangsphase der Programme 2000 - 2006 gezogen werden ?</u></p> <p><i>Kritische Bilanz der Zielsetzungen, der Methoden und des Mehrwertes der Kohäsionspolitik für die EU und für die einzelnen Mitgliedsstaaten; Überlegungen zur Herausforderung der EU-Erweiterung. Erfordert die Situation der Beitrittsländer eine Überprüfung der Zielsetzungen und Methoden ? Welches sind in Hinsicht auf die Erweiterung die geeignetesten Methoden, um den Erfahrungsaustausch zu verbessern und Innovationen anzuregen ?</i></p> <p>Referat 1 (15') Referat 2 (15') Diskussion</p>
12h00 - 14h00	Mittagessen
14h00 - 15h30	<p><u>THEMA II: Nationale und gemeinsame Kohäsions- und Wettbewerbspolitik</u></p> <p><i>Wie können die Zielsetzungen der Verringerung der räumlichen Disparitäten und des freien Wettbewerbs innerhalb der EU in Einklang gebracht werden ? Müssen die Beziehungen zwischen der Kommission, den Mitgliedsstaaten und den Regionen eindeutiger definiert werden?</i></p> <p>Referat 1 (15') Referat 2 (15') Diskussion</p>
16h00 - 17h30	<p><u>THEMA III: Erneuerung der Verfahren und neue Akteure</u></p> <p><i>Auf welchem räumlichen Niveau sollen die Aktionen ansetzen ? Welchen Einfluss haben neue Verfahren und neue Akteure auf die Kompetenzverteilung ? Welches sind die finanziellen Perspektiven ?</i></p> <p>Referat 1 (15') Referat 2 (15') Diskussion</p>
17h30 - 18h00	SCHLUSSFOLGERUNGEN

L'EVOLUTION DU CONCEPT DE COHESION ECONOMIQUE ET SOCIALE
FACE AU FUTUR ELARGISSEMENT

Discours introductif de Jacques Delors, le 31.01.02

Chers amis allemands et français,

Je vous souhaite la bienvenue en me réjouissant que cette journée d'études franco-allemande se déroule très opportunément, deux jours après que la Commission a adopté un projet de position commune pour les Quinze vis-à-vis des douze pays candidats. La proposition concerne le budget pour la période transitoire, mais Allemands et Français sont mieux placés que les autres pour savoir pourquoi on n'a pas commencé par ce qui aurait paru logique, c'est-à-dire par s'interroger et débattre sur le devenir des politiques communes, politique agricole et politique structurelle, avant d'en fixer les montants.

Je n'ai pas l'intention d'anticiper sur vos débats ; les problèmes sont bien posés et vous permettront d'entrer dans un certain détail. Mais il me semble qu'en prélude à ces discussions, on peut se poser des questions sur l'évolution même du concept de cohésion économique et sociale, qui a figuré pour la première fois dans l'Acte Unique et qui a été repris dans le Traité de Maastricht. Et, bien entendu, le faire à la lumière des besoins et des problèmes des pays candidats, et donc des contraintes liées à l'élargissement.

1 – La cohésion économique et sociale, un pilier des traités

Je ne reprendrai pas ici l'histoire des fonds structurels. Simplement je noterai que le dernier créé, le Fonds européen de développement régional, le fut en 1975 après l'adhésion de la Grande-Bretagne, de l'Irlande et du Danemark. Ceci avait sans doute déjà un rapport avec les soucis liés à l'élargissement ; nos amis anglais craignaient pour la reconversion des régions industrielles qui avaient été à la pointe de la deuxième révolution industrielle. Mais, bien sûr, la cohésion économique et sociale est inséparable d'une réflexion sur la façon de gérer ce grand espace économique commun. En d'autres termes, comment combiner les avantages d'un marché unique avec les objectifs d'un développement harmonieux de tous les territoires ?

Certains d'entre vous se rappelleront peut-être que j'avais demandé à Tommaso Padoa-Schioppa, qui est maintenant membre du directoire de la Banque Centrale européenne, de mener une réflexion générale et non idéologique sur les moyens de réaliser l'optimum d'un grand espace où les écarts de développement et de niveaux de vie, entre les Etats mais aussi entre les régions, étaient considérables. Je crois que c'est une question qu'il ne faut pas oublier, même si certains pensent que la mondialisation a relégué ce problème au second plan. Ce que pour ma part je ne pense pas.

Il y a eu deux facteurs générateurs de la politique de cohésion économique et sociale qu'il faut rappeler ici. Tout d'abord l'élargissement de Dix à Douze. Vous vous rappelez peut-être les craintes exprimées notamment en France vis-à-vis de l'élargissement aux pays méditerranéens. Le lancement des Programmes intégrés méditerranéens a donc été l'occasion de tester des programmes régionaux de développement et de cesser de juxtaposer une multitude de projets spécifiques, comme c'était le cas auparavant pour le Fonds régional. Alors, les fonctionnaires de la Commission traitaient 5000 dossiers par an. Ces programmes étaient destinés aux régions méditerranéennes des pays adhérents qui craignaient déjà les conséquences de la venue de l'Espagne et du Portugal – à tort d'ailleurs, comme l'a montré l'expérience des années suivantes -. Il est intéressant de noter que l'un des principaux responsables français, Pierre de Boissieu - je cite son nom d'autant plus volontiers que je ne partage pas toutes ses idées sur l'avenir de l'Europe - a participé très utilement à la conception des Programmes intégrés méditerranéens.

Le second fait générateur a été le grand marché de 1992 pour lequel, je vous l'ai dit tout à l'heure, on se demandait si toutes les régions pourraient en bénéficier. On voyait s'affronter deux thèses extrêmes, d'un côté les partisans de la théorie des avantages comparatifs soutenaient : « Vous n'avez pas besoin d'intervenir car, de toute façon grâce aux avantages comparatifs, le rééquilibrage se fera automatiquement ». De l'autre côté, il y avait ceux qui disaient : « Peut-être, mais il faut également des politiques de soutien à la fois pour des raisons psychologiques et politiques mais aussi pour des raisons objectives liées aux besoins spécifiques de certaines régions».

Et ce fut donc le bond spectaculaire à partir de 1988. Je ne vous rappellerai pas les chiffres : du Paquet I au Paquet II, puis au Paquet III à Berlin. Il y a eu aussi la création du Fonds de cohésion qui a été l'un des points durs du Traité de Maastricht ainsi que de la négociation du paquet II à Edinburgh, puisque certains pays soutenaient qu'une aide à portée nationale devrait s'ajouter au financement des plans régionaux pour renforcer la compétitivité nationale (notamment par les infrastructures de transport et d'environnement). A mon avis, il est important de retenir de cette période les quatre principes qui ont fondé les politiques structurelles : la concentration des aides, la programmation pluriannuelle, le partenariat, sur lequel je reviendrai tout à l'heure, et l'additionalité. Je crois que cette politique, même si elle a évolué et si elle est devenue trop soumise aux contraintes budgétaires, a eu un impact global important pour les pays bénéficiaires directs et pour ceux qui ont bénéficié du retour sur investissements ou sur exportations.

Je voudrais, à ce stade, insister sur l'importance que j'attache au partenariat. Lors du lancement de la politique de cohésion, la Commission souhaitait tirer le meilleur des expériences conduites au niveau régional et ensuite le rediffuser ailleurs. Autrement dit, elle voulait favoriser un échange nourri de bonnes pratiques, comme on dit aujourd'hui, pour tous les programmes, en plus des Programmes d'initiative communautaire qui sont un peu les jardins secrets de la Commission, mais qui peuvent donner de bons résultats et d'utiles enseignements pour l'avenir.

Ensuite il y a l'effet « Europe des Régions ». Je crois qu'en Allemagne on se rend moins compte qu'ailleurs qu'avec les programmes de développement régional la politique de cohésion a fortement diffusé l'idée européenne dans les régions. De plus, dans les pays à structure non fédérale comme la France, elle a mobilisé des dirigeants locaux et souvent des innovateurs locaux. L'effet a été très positif du point de vue du sentiment européen des citoyens et des responsabilités locales. C'est peut-être moins vrai en Allemagne, pays qui a un système fédéral et où les Länder ont beaucoup de pouvoirs.

Je crois que les difficultés sont venues, car je reconnaissais qu'il y a des difficultés, à la fois de l'emprise croissante du contrôle financier qui était nécessaire et aussi des méthodes de calcul des enveloppes nationales à partir du seuil d'éligibilité. Moi-même, lors des négociations du paquet II, j'ai utilisé ces seuils d'éligibilité pour pacifier des débats devenus très orageux. Mais je constate que plus tard, au Conseil européen de Berlin, après avoir clairement fait des calculs selon le seuil d'éligibilité, Monsieur Schröder a dû passer la nuit à recevoir les doléances des uns et des autres et à corriger les chiffres à la main. Bien sûr cette négociation est toujours difficile, mais on aurait intérêt à clarifier les contenus objectifs pour fonder la discussion technique, en préface à l'inévitable débat politique. Voilà donc l'évolution à mon sens de la cohésion économique et sociale, qui est considérée par la plupart des pays comme un des piliers de la construction européenne, un élément du contrat de mariage, à tort ou à raison, mais c'est devenu comme cela.

2 – Les problèmes posés par les pays candidats

Je vais avoir un réflexe très scolaire, mais je crois qu'il est intéressant de comparer la situation de la Grèce, de l'Espagne et du Portugal quand ces derniers ont demandé leur adhésion et celle des 10 candidats qui pourraient adhérer en 2004, je mets à part la Bulgarie et la Roumanie comme l'a fait la Commission européenne dans son récent rapport.

Voilà ce que donne la comparaison : en ce qui concerne le territoire, plus 1/4 pour les 3 du Sud, plus 1/3 pour les 10 candidats actuels ; en ce qui concerne la population, plus 22% pour les 3 du Sud, plus 30% pour les candidats actuels ; pour la part du PIB que représentent potentiellement ces pays dans l'Union européenne, 10% pour les pays du Sud, 5% seulement pour les pays candidats. Pour le PIB par tête enfin, 66% en moyenne pour les pays du Sud et 38% pour les pays candidats. Ce sont des ordres de grandeur qui soulignent l'extraordinaire difficulté liée à l'adaptation des pays candidats à la donne communautaire.

Car le fossé est grand. N'oublions pas non plus que nous allons accueillir des pays qui pendant 45 ans ont connu la férule du communisme, une économie centralisée et une administration tout à fait différente de celle des démocraties occidentales.

Mais, pendant la période qui a suivi la chute du mur de Berlin, l'osmose s'est quand même faite. Je note qu'actuellement 70% des exportations des Dix vont vers l'Union

européenne, contre 48% en 1994. En ce qui concerne les importations 62% viennent de l'Union européenne contre 46% en 1994. Donc, le phénomène d'intégration joue et il joue là d'une manière positive.

Les exportations des Quinze vers les Dix candidats représentent 15% de notre commerce extérieur contre 4% seulement en 1992. Il faut quand même noter qu'en dix ans nos exportations ont été multipliées par 10 et que les leurs ne l'ont été que par 2. Par conséquent nous avons continué à asseoir notre domination. 2/3 des capitaux que les pays d'Europe centrale et orientale ont reçus venaient de l'Europe des 15, dont les 2/3 de l'Allemagne. Il ne faut jamais oublier ce dernier chiffre pour bien comprendre la suite. Quant à l'acquis communautaire, il progresse dans ces pays, mais c'est une question de temps, de culture et d'administration.

Que dire du défi économique pour ces pays ? Il concerne à la fois l'appareil productif et l'environnement de cet appareil productif. La Banque Mondiale semble donner un diagnostic à peu près analogue à celui que je dresse personnellement. Pour l'appareil productif, il faut créer des réflexes de marché. Si l'on regarde la courbe des créations d'entreprises dans ces pays, on voit qu'elle n'est pas excellente, surtout pour les petites et moyennes entreprises. Il faut donc que ces pays trouvent leur place à la fois dans la division européenne du travail et dans la division internationale du travail. Ils ont devant eux tous les problèmes qui sont les nôtres depuis vingt ans, et qui nous ont valu tant de soucis, de restructurations, de licenciements, de mesures sociales, d'interrogations sur l'avenir de tel ou tel type d'entreprise ou d'industrie. L'autre défi économique concerne l'environnement, l'éducation, les infrastructures et la santé. Vous allez me dire « Mais pourquoi mettez-vous la santé ici ? ». Parce que lorsque l'Europe de l'Ouest s'est redressée avec l'aide du Plan Marshall, les mesures qui ont été prises pour assurer la sécurité et la santé au travail ont été un des facteurs d'augmentation de la productivité. Il y a aussi le problème de l'équilibre entre capitaux privés et capitaux publics, qui n'est pas facile à régler.

Il ne faut pas négliger non plus l'agriculture, en Pologne et en Hongrie notamment, et les incertitudes qui pèsent sur les mouvements de main d'œuvre. A ce sujet il y a eu des campagnes de presse en Allemagne qui ont suscité beaucoup d'inquiétudes. Il ne faut pas simplement penser aux mouvements de main d'œuvre de ces pays vers les Quinze, mais aussi aux autres populations qui se trouvent à leurs frontières et qui peuvent venir. La question de l'immigration et des relations transfrontalières avec les pays extra-européens est de première importance. Nous devons prendre garde que cette Union à 27 ne recèle dans 10 ou 15 ans des maillons faibles qui seraient générateurs de troubles, pas simplement sociaux, mais aussi peut-être politiques. Voilà, en résumé brut, les principaux problèmes qui se posent à eux.

Je mentionnerai enfin une autre question dont nos amis allemands nous parlerons sûrement demain et qui concerne le coût de la réunification de leur pays. Chaque année, si mes statistiques sont bonnes, le gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne consacre 4,5% de son PIB à l'aide aux nouveaux Länder et, sur ces 75

milliards d'euros, il n'en vient que 2,5 milliards de l'Union européenne. C'est un choix qui a été fait en son temps car le gouvernement allemand craignait qu'en demandant plus à ses partenaires européens il ajoute au traumatisme de certains face la réunification de l'Allemagne.

3 – Les options pour l'avenir

Je vous rassure tout de suite, l'option financière vient en tête. Bien sûr, certains penseraient que l'option financière doit découler d'une réflexion sur les finalités et les moyens de l'Europe. Mais en réalité, il y a toujours une dialectique entre les options politiques et techniques, d'un côté, et les contraintes financières, de l'autre. Il ne faudrait tout de même pas que ces dernières deviennent une obsession et un alibi. Parfois malheureusement, on a un peu cette impression. En dehors de cela, ce qui sera important, me semble-t-il, et apparaîtra en filigrane dans les discussions des années à venir, ce sera les conceptions respectives de la solidarité, de la subsidiarité et du développement.

En ce qui concerne la solidarité, on peut se demander si nous sommes toujours dans le climat de l'Acte Unique ? Sommes-nous toujours dans le climat qui a permis à la présidence allemande de faire en 1988 un arbitrage quasiment miraculeux sur le Paquet I, avec un doublement des fonds structurels ? Bien sûr, je ne demande pas à nouveau un doublement des fonds structurels. Mais, quand même, il faut savoir que si l'Europe a réussi à mener à bien une grande partie de ses projets depuis 1985, depuis le lancement de « l'objectif 92 », c'est parce qu'elle a su combiner la compétition qui stimule, la coopération qui renforce (c'est surtout là le point faible) et la solidarité qui unit. Quand on voit ce qui s'est passé au Portugal, en Espagne et en Irlande, on a davantage de raisons d'être satisfait que d'être critique. Cependant, je ne suis pas sûr qu'aujourd'hui la conception que l'on a de cet ensemble, si on en discute, soit favorable à la solidarité.

La subsidiarité demeure une notion confuse et discutée, aux yeux des pays membres. Quand je pense à la subsidiarité, j'englobe, dans un clin d'œil aux amis allemands, la politique de concurrence et le contrôle des aides régionales. Je le fais parce que, pour le dire en un mot, le marché intérieur étant réalisé à 95%, même si le marché financier n'est pas unifié, la Commission ferait une erreur en voulant s'occuper des détails à propos des Caisses d'épargne ou d'autre chose. C'est l'arbre qui cache la forêt des réussites et qui complique inutilement les rapports entre les institutions européennes et les régions. D'ailleurs, si les fonctionnaires de la Commission savaient tout ce qui se passe dans l'Union, il faudrait multiplier par dix le contrôle des aides, ce qui serait irréaliste. J'en reviens donc à la conception de la subsidiarité. D'abord, elle n'est pas la même dans les pays à structure fédérale et dans les pays à structure non fédérale. Je note quand même la poussée des régions dans plusieurs pays à structure unitaire, et pas simplement en France. Cette poussée est considérée par certains comme ambiguë et dangereuse, mais elle existe. En second lieu, il ne faut pas négliger l'effet de dimension

à 27. Comment pratiquer dans un tel grand ensemble une bonne gouvernance si l'on ne concilie pas le « bottom up » et le « top down » ?

Enfin, il faut débattre de la conception que l'on a du développement, dans le sens où l'on ne doit pas s'intéresser uniquement à la compétitivité mondiale de l'Europe, mais aussi à une répartition harmonieuse des activités et des populations sur le territoire communautaire. J'en reviens donc au « bottom up » et à l'importance du local. Je crois que l'expérience de ces 15 dernières années a montré que le niveau local recelait des trésors d'innovation, d'adaptation et de création de richesses. Bien entendu, on peut ramasser ces trésors au niveau national et les faire fructifier, mais il faut aussi que ces trésors soient connus et pris en compte par ceux qui ont la charge de décider au niveau européen et puissent continuer à les encourager. Je crois que c'est tout à fait intéressant de voir qu'en dehors des évolutions structurelles, face à la contrainte de la division internationale du travail, aux emplois et aux entreprises menacés par la concurrence mondiale, il y a au niveau local des gens capables d'inventer, de répondre à de nouveaux besoins, de créer des réseaux et des solidarités. Ce dynamisme et ces richesses locales, je crois qu'il faudrait davantage les prendre en compte et les encourager.

Comment ne pas évoquer, pour finir, le débat sur le compromis optimal à trouver entre le marché, les politiques publiques et la régulation ? On peut laisser de côté les traditions française et allemande, l'économie sociale de marché, etc, et simplement l'aborder du point de vue de la mondialisation : est-il envisageable aujourd'hui, avec ou sans Europe, d'avoir une pensée sur les politiques publiques et les choix politiques sans tenir compte des interdépendances et de la nécessité de gérer ces interdépendances ? Là où l'Europe a pris de l'avance et peut continuer à montrer qu'elle a compris ce qu'était la mondialisation, c'est précisément dans la gestion des interdépendances. Il va de soi que toutes les décisions qui seront prises, soit concernant la période transitoire, soit l'avenir, auront des conséquences sur le profil politique de l'Union européenne et sur son destin.

* * *

Vous êtes donc devant de redoutables problèmes techniques : Que faire ? A quel niveau d'engagement financier ? Et comment le faire ? La réponse à ces questions ne dispensera pas d'une discussion politique sur les finalités de la Grande Europe. En un mot, est-ce que la Grande Europe à 27, indépendamment de son organisation institutionnelle, est capable de réaliser toutes les ambitions qui sont dans les traités fondateurs, y compris dans le traité de Maastricht ? Pour terminer, parce que quand je rencontre des fonctionnaires ou des représentants des services d'Etat et qu'ils me parlent de l'élargissement j'ai l'impression qu'ils considèrent cela comme une menace comparable à un ouragan, je vous pose la question « Est-ce vraiment une contrainte ? Dans la corbeille de mariage des Douze pays candidats, n'y a-t-il vraiment que des épines ? Est-ce qu'il n'y a pas aussi des roses ? » Ce serait l'objet d'un autre exposé, mais je voulais simplement évoquer cette image car, pour moi, la réunion de l'Europe est un idéal et une priorité, pas seulement une addition de contraintes.

